

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Grubmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Silberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Ang. J. Wolf & Co.

Deutscher Reichstag.

55. Plenar-Sitzung vom 8. März,
1 Uhr.

Die Beratung des Naturalverpflegung wird fortgesetzt bei dem Kapitel „Naturalverpflegung“.

Bei dem Titel „Brot- und Fourageverpflegung“ bemerkt

Abg. v. Vollmar: Es läßt sich noch bei einer ganzen Reihe von Positionen sparen, so bei den Fourage-Nationen der Offiziere. Man sollte an dieselben nur so viel Nationen geben, als sie Pferde halten, also wenn sie gar keine Pferde halten, dann gar keine Nationen! Andernfalls stellen sich die Nationen einfach als Zuschuß zum Gehalt dar.

Minister v. Bronsart: Ich kann dem Vorredner doch nicht bestimmen und kann auch nicht in Aussicht stellen, daß wir im nächsten Jahre eine Revision der Nationen-Kompetenz in Aussicht nehmen werden. Ich bekomme 8 Nationen und habe 7 Pferde und kann nur sagen, daß das Reiten eine sehr nützliche Beschäftigung ist, namentlich wenn man vorher Stunden lang hier im Reichstage hat zubringen müssen. (Weiterkeit.)

Nach kurzer Erwiderung von Vollmar's kommt

Abg. Graf Arnim auf die Frage des Getreide-Einfuhrs der Provinzialämter direkt von den Produzenten zurück. Selbst wenn kleinere Verkaufsgenossenschaften bilden würden, würde ihnen das auch nicht viel helfen an der jetzigen niedrigen Getreidepreise. Überdies seien die kleinen Landwirthe ja doch gezwungen, an die Händler zu verkaufen, und zwar schon im Frühjahr oder Sommer, wenn das Getreide noch auf dem Acker sei.

Abg. Richter: Meines Erachtens sind die Genossenschaften eine Probe darauf, ob der Zwischenhandel berechtigt ist oder nicht. Auf das Reich bei dem Zwischenhandel besser ein, als bei den Genossenschaften, so ist der Zwischenhandel berechtigt, denn das Reich muß bei seinen Einkünften auch auf die Interessen der gesamten Steuerzahler Rücksicht nehmen. Redner weist dann noch darauf hin, daß ja auch die Militärverwaltung wegen der künftigen Frachtarbeit, deren sie mehr, in der Lage sei, ihre Provinzialämter nicht bloß in der Nähe, sondern auch in größerer Entfernung Aufkäufer machen zu lassen. Durch diese Frachtvergünstigung trete aber eine Verdrängung in den wirtschaftlichen Verhältnissen ein.

Nach kurzer Auseinandersetzung zwischen Graf Arnim und Richter über die landwirtschaftlichen Genossenschaften erwidert letzterer:

Generalmajor von Gemmingen: Eine Frachtvergünstigung erstreckt sich nur auf die bereits thatsächlich im Besitz der Militärverwaltung befindlichen Güter. Bei Viehgenossen aus dem Ausland bestehe überhaupt keine Vergünstigung.

Abg. Richter bleibt dabei, daß eine Verdrängung nach Abnahme gewisser Produzentenkreise thatsächlich die Folge jener Vergünstigung sei.

Abg. Hilpert (bayerischer Bauernbund) empfiehlt möglichst direkten Bezug von den Produzenten.

Der Titel wird genehmigt.

Zum Titel „Naturalverpflegung“ liegen zwei Resolutionen vor.

Eine Resolution v. Pobjielski will, daß für das Etatsjahr 1895-96 die Mittel bereitgestellt werden, um den Quartierverpflegung während der Kruppenübungen den Mannschaften freiwillig Verpflegung verabfolgen, eine Vergütung nach den Sätzen für die Marschverpflegung gewährt werde.

Eine Resolution Schaebler will, daß mit der Verabreichung warmer Abendkost an die Mannschaften des aktiven Heeres weitere Versuche angestellt und je nach dem Ergebnis der Versuche Mittel zur allgemeinen Durchföhrung dieser Einrichtung in den Etat 1896-97 eingestellt werden.

Abg. v. Pobjielski empfiehlt seine Resolution mit Gründen der Billigkeit. Auch würde der dadurch erforderliche Mehraufwand sich auf nur etwa 1/4 Million belaufen.

Minister v. Bronsart erklärt, er für seine Person liege dem Wunsch des Vorredners sympathisch gegenüber. Versuche derart seien auch schon gemacht worden und hätten sich bewährt. Die Kruppen seien von diesen Versuchen sehr befriedigt gewesen, und noch mehr die Bevölkerung.

Schaebler (Zentr.) stimmt zunächst der Resolution Pobjielski zu und befragt, ob man seine eigene. Von ausreichender Kost hängt auch die Schlagfertigkeit des Heers ab. Ich bin gewiß kein Freund des Militarismus, aber ich glaube doch, daß mit mir Jeder die Ehre des Landes auskömmlich genöthigt sehen will. Selbst dann werden die Kassen noch nicht zu Revenuenkolonnen werden. Die Kosten — meiner Resolution entsprechend — schätze ich auf 8 Millionen. Aber selbst 8 Millionen sind mir für einen solchen Zweck nicht zu viel. Das „warme“ Abendbrot will ich nöthigenfalls preisgeben, wenn man daran Anstoß nehmen sollte, denn ich weiß ja, daß im Sommer der Bedarf nach warmem Abendbrot weniger groß ist. Ein Blatt hat gemeint, mein Antrag sei von 1 Speck für das Volk, um die Tabaksteuer durchzubringen. Dieses Blatt trägt an dem Kopfe die Bezeichnung: „gegründet von Eugen Richter.“ Ist das etwa auch „Speck für das Volk?“ (Weiterkeit.) Herr von Vollmar ruft mir zu: „Ihnen traue ich Alles zu!“ Denken Sie, was Sie wollen! Aber sonst war es doch nicht Sitte, einem Abg. nicht unterzulegen, zu denen man sich nicht selbst bekennt. Was würden Sie sagen, Herr Richter, wenn ich behauptete, Ihre ganze Etatsbehandlung sei auch nur Speck für das Volk! Glauben Sie wirklich, meine Resolution solle nur der Tabaksteuer helfen

(Richter ruft: Ja!), nun, was Sie darüber glauben, ist mir parat egal. Redner geht dann noch kurz sachlich auf seine Resolution ein und bittet um deren Annahme.

Minister von Bronsart: Jeder Anrechnung zu einer Verbesserung der Lage des einzelnen Soldaten, und damit der Militärverwaltung, stehen wir dankbar gegenüber. Aber, wächst uns ein Kornfeld auf der flachen Hand? Sollte der Reichstag diese Resolution annehmen, so kann ich nur hoffen, daß auch der Herr Schaebler seine Bedenken fallen lassen möge. Ob sich die Sache dann aber so machen läßt, daß jeder Soldat in Süddeutschland zwei Maß Bier und in Norddeutschland eine Flasche Wein zum Abendbrot erhalten kann, das weiß ich nicht. (Weiterkeit.)

Abg. Hug (Ztr.) tritt für die Resolution seines Fraktionsgenossen Schaebler ein. Schaebler (Zentr.) tritt für die Resolution des Reichstags in Bezug auf die Verpflegung solcher Entlassenen ein. Wenn bisher Versuche bestanden haben, so liegt das daran, daß bisher die Militärverwaltung die Mittel für eine Verbesserung der Lage des einzelnen Soldaten weggelassen hat. Der Kriegsmilitärminister sagte ganz richtig: wächst mir ein Kornfeld auf der flachen Hand? Herr Schaebler sagt: selbst 8 Millionen wolle er für einen solchen Zweck hingeben. Ja, ich kann nicht so leicht über diese 8 Millionen und die Frage ihrer Aufbringung hinweggehen. Man muß sich doch fragen, mit welchen Steuern sollen diese 8 Millionen aufgebracht werden? Herr Schaebler befragt sich darüber, daß die „Freiwillige Zeitung“ diese Resolution mit der Tabaksteuer verknüpft habe. Ja, gerade Herr Schaebler ist doch der Politiker des Zentrums, welcher sich so lebhaft für die Finanzreform und die Tabaksteuer interessiert hat. Und wenn er da diese Resolution einbringt, liegt es da nicht nahe, daß er selber diese Resolution mit der Tabaksteuer in Zusammenhang gebracht hat? Wenn wir die Tabaksteuer annehmen, so schenken wir nicht nur die Industrie, sondern müssen auch große Arbeiterentlassungen gewärtigen. Und da sollen wir hier einen solchen Wechsel auf 8 bis 8 1/2 Millionen ziehen? Redner macht dann noch geltend, daß auf dem Wege dieses Antrages, Gewährung warmen Abendbrodes in der Kaserne, auch die bürgerlichen Beziehungen der Soldaten noch mehr als bisher würden eingeschränkt werden. Er beantrage nach alledem, beide vorstehenden Anträge der Budgetkommission zu überweisen.

Nach einigen Bemerkungen des Generalmajors von Gemmingen führt

Abg. Richter aus: In dieser Frage besteht eine Meinungsverschiedenheit überhaupt nicht. Wenn bisher Versuche bestanden haben, so liegt das daran, daß bisher die Militärverwaltung die Mittel für eine Verbesserung der Lage des einzelnen Soldaten weggelassen hat. Der Kriegsmilitärminister sagte ganz richtig: wächst mir ein Kornfeld auf der flachen Hand? Herr Schaebler sagt: selbst 8 Millionen wolle er für einen solchen Zweck hingeben. Ja, ich kann nicht so leicht über diese 8 Millionen und die Frage ihrer Aufbringung hinweggehen. Man muß sich doch fragen, mit welchen Steuern sollen diese 8 Millionen aufgebracht werden? Herr Schaebler befragt sich darüber, daß die „Freiwillige Zeitung“ diese Resolution mit der Tabaksteuer verknüpft habe. Ja, gerade Herr Schaebler ist doch der Politiker des Zentrums, welcher sich so lebhaft für die Finanzreform und die Tabaksteuer interessiert hat. Und wenn er da diese Resolution einbringt, liegt es da nicht nahe, daß er selber diese Resolution mit der Tabaksteuer in Zusammenhang gebracht hat? Wenn wir die Tabaksteuer annehmen, so schenken wir nicht nur die Industrie, sondern müssen auch große Arbeiterentlassungen gewärtigen. Und da sollen wir hier einen solchen Wechsel auf 8 bis 8 1/2 Millionen ziehen? Redner macht dann noch geltend, daß auf dem Wege dieses Antrages, Gewährung warmen Abendbrodes in der Kaserne, auch die bürgerlichen Beziehungen der Soldaten noch mehr als bisher würden eingeschränkt werden. Er beantrage nach alledem, beide vorstehenden Anträge der Budgetkommission zu überweisen.

Generalmajor v. Gemmingen tritt diesem Gesichtspunkte des Vorredners — weitere Einigung der bürgerlichen Beziehungen der Soldaten — entzogen und betont noch, es brauche ja auch nicht immer warmes Abendbrot zu sein, denn dadurch würde die freie Zeit der Soldaten noch mehr beschränkt werden.

Abg. v. Vollmar spricht sich für eine Verbesserung des Nahrungsstandes der Soldaten und daher für den Antrag Schaebler aus. Versuchen können demselben um so weniger entgegen, als die Fassung desselben ja jede Verschärfung vorbehalte und als man ja außerdem an anderen Stellen des Etats noch reichlichere Strichungen vornehmen könne.

Generalmajor v. Gemmingen tritt diesem Gesichtspunkte des Vorredners — weitere Einigung der bürgerlichen Beziehungen der Soldaten — entzogen und betont noch, es brauche ja auch nicht immer warmes Abendbrot zu sein, denn dadurch würde die freie Zeit der Soldaten noch mehr beschränkt werden.

Abg. Hamacher (Nl.) stimmt im Wesentlichen dem Abg. Richter zu. Der Antrag Schaebler sei ja sehr dankenswerth an sich, aber einseitig, denn die Mittel und da gebe es nicht an, die Regierungen aufzufordern, schon in den nächsten Etat diese Ausgaben einzustellen. Er halte daher ebenfalls für richtig, den Antrag Schaebler sowohl wie Pobjielski an die Budgetkommission zu verweisen. Dort werde er den Antrag stellen, die Regierung zu erziehen, baldmöglichst, nämlich sobald die Mittel es erlauben, die Mittel im Sinne der beiden Resolutionen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Schaebler bittet nochmals, es nicht bei dem theoretischen Wohlwollen bei seinen Antrag bewenden zu lassen, sondern ihn anzunehmen. Wenn man sich daran setze, daß seine Resolution sich schon auf den Etat 1896-97 beziehe, so wolle er hiermit diesen Hinweis in seiner Resolution streichen.

Nach kurzer Entgegnung Richter's werden die beiden Anträge Schaebler und Pobjielski gemäß dem Vorschlage Richters und Hamachers der Budgetkommission überwiesen.

Bei dem Titel „Zuchterlieferung“ beantragt die Kommission Absetzung von 4,500 Mark, sowie nachstehende Resolution: Die Militärverwaltung wolle die Vergebung der Zuchtzentralen, auch einen größeren Kreis von Submittenten zulassen.

Generalmajor v. Gemmingen bemerkt, durch die bisherige Art der Zuchtvergebung sei das Interesse des Reiches jedenfalls nicht geschützt worden. Aber man werde ja abzuwarten haben, was bei der Zentralisierung und bei Veranweisung eines größeren Interessententzuges herauskomme. Möglicher Weise eine ruinöse Konkurrenz wie früher. Was den Abstrich am Etat anlangt, so würden dadurch die Befände für Deckung der laufenden Bedürfnisse allzu sehr geschränkt, er bitte daher dringend, den Abstrich rückgängig zu machen.

Abg. Werner (Antisemit): Nach den Angaben Müller's-Juba in der Kommission ist es einfaßlich bei den Zuchterlieferungen etwas faul im Staats-Dienste. Auch den Abstrich kann ich nur empfehlen.

Abg. Müller-Juba (Zentrum) verweigert sich, auf der Tribüne im Einzelnen schwer verständlich, gegen die Bezeichnung der Unwahrscheinlichkeit, welche wegen seiner Angaben in der Kommission von verschiedenen bei der Zuchterlieferung, bisher beteiligten Fabrikanten gegen ihn gerichtet worden sei.

Nachdem auch Abg. Hüppel die Vorschläge der Kommission empfohlen, werden dieselben angenommen.

Bei dem Titel „Garnisonbauwesen“ wünscht Abg. Müller-Juba Umwandlung von Hilfsarbeiterstellen in etatsmäßige in vermehrtem Umfange.

Schaebler (Zentr.) wendet ein, daß eine bestimmte Kategorie von Hilfsarbeitern überhaupt nur vorübergehend beschäftigt werden könne. Wo es sich um dauernde Beschäftigte handle, würde, sobald sich die Finanzlage bessere, dem Wunsche des Vorredners entsprochen werden.

Bei dem Titel „Militär-Medizinalewesen“ bemerkt auf eine Anregung des Abg. v. Vollmar der Kriegsminister v. Bronsart: Es freut mich, daß die Sache, die viel Staub aufgewirbelt hat, hier zur Sprache gebracht wird. Ich wundere mich nur, daß ein deutsches, ein sozialdemokratisches Blatt, Angriffe verwerthet hat, welche ein französisches Blatt zuerst gegen unsere Waffe gebracht hat. Ein solches freilich würde zureichen sein, wenn unsere Kisten gar nicht losgehen. Wir haben mit unserer Waffe genaue Proben angestellt, an toten Pferden und anatomischen Präparaten. Wer unsere Waffe im Harnen nennt, hat gar nicht an Sprenggeschosse, an Strupfels, gedacht. Ich halte unsere Waffe gerade für die humanste. Denn wenn wir sie unsern Soldaten in die Hand geben, geben wir ihm Gelegenheit, dem Gegner zu beizuhelfen, daß derselbe nach 30 Jahren nicht wiederkommt. Auf eine weitere Bemerkung des Abg. von Vollmar führt der Minister dann noch aus, er wüßte keineswegs, die Ergebnisse der Versuche mit der Waffe geheimzuhalten, er wolle aber nicht deren agitatorische Verwertung, wie eine solche sich ja bereits an den Vorträgen des deutschen Militärarztes auf dem Kongresse in Rom geknüpft habe. Er würde auf Wunsch jedem Arzte die betreffenden Ergebnisse, nebst Atlas, zugänglich machen, aber nur unter der Voraussetzung, daß derselbe von einer agitatorischen Verwertung abstehe.

Bei dem Kapitel „Remontepferde-Einfuhr“ wünscht

Abg. Müller-Juba, der Minister möge noch mehr, als bis hierher gegangen sei, dem Umweisen einer privaten Verwertung der Remontepferde steuern.

Abg. von Leipziger bemängelt die Höhe der Staatsüberschreitungen auf diesem Titel.

Geh. Rath Koch erwidert, Ursache der Staatsüberschreitungen sei die Unzulänglichkeit der Etatsansätze bei diesem Titel. Eine Erhöhung der Etatsansätze sei bisher nur wegen der Finanzlage vermieden worden.

Bei Kapitel „Reiseflosten und Tagesgelder“ plädiert

Abg. Bebel für eine Herabsetzung der Diäten und Reiseflosten, die namentlich bei den höheren Offizieren zu hoch bemessen seien. Er erinnert an die einschlägige vorjährige Resolution des Reichstages.

Schaebler (Zentr.) erklärt, er habe sich aus Anlaß der vorjährigen Resolution mit dem Ressort in Verbindung gesetzt. Zum Theil hätten dieselben eine Verringerung als notwendig hinzugeben, zum Theil aber Einwände erhoben. Er halte diese Einwände nicht für durchschlagend, er erkenne an, daß die Regelung der Reiseflosten und Diäten so zu erfolgen habe, daß letztere einigermaßen mehr den wirklichen Kosten entsprechen. Der jetzige Zustand sei nicht haltbar, und die Verhandlungen würden von ihm weiter fortgesetzt werden. Er bitte aber, die Diätenfrage zunächst von derjenigen der Reiseflosten zu trennen, denn erstere, die Diäten, hängen mit der Rangstellung der Funktionäre zusammen. Man möge sich daher zunächst mit Revision der Reiseflosten begnügen. Er gebe aber ausdrücklich zu, daß Mißstände auch hinsichtlich der Diäten beständen.

Abg. Bebel: Wo ein Mißstand ist, ist ein Weg, jedenfalls muß hier eine Verringerung eintreten.

Abg. Richter: Ich erkenne das Entgegenkommen, welches in der Erklärung des Schaeblers liegt, an. Auch damit bin ich einverstanden, daß wir erst die Reiseflosten reformieren, denn das ist auch von größerer Bedeutung, als die Diätenfrage. Nur möge der Schaebler nicht auf Preußen warten, sonst kommen wir gar nicht vorwärts.

Das Kapitel wird sodann genehmigt. Bei dem Titel „Unteroffizier-Vorschulen“ wird ohne Debatte die Resolution der Kommission angenommen, in welcher eine Verbesserung der Volksschullehrer-Schüler an diesen Schulen gewünscht wird.

Der Rest des Ordinarius wird ohne Debatte erledigt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Extraordinarium des Militäretats.

Schluß 5 1/4 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

38. Plenar-Sitzung vom 8. März,
11 Uhr.

Die Beratung des „Bau-Etats“ wird fortgesetzt.

Abg. v. Martens (natl.): Durch den Norddeutschanal werden zahlreiche landliche Wirtschaften getrennt in ihrem Zusammenhange, was für die in jener Gegend betriebene Viehwirtschaft besonders störend ist; es wäre billig, wenn man die am schwersten betroffenen Besitzergüter und für genügende Fährten sorgte, um den Verkehr zwischen den beiden Kanalanäusen zu vermitteln. Die Vorschriften für den Fahrverkehrs sind unzureichend und bedürfen namentlich wegen der Stilleheit der Kanalbootschiffe einer Verringerung.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Lange verweist auf die Verhandlungen, die über diesen Gegenstand im Reichstage stattgefunden haben und auf die Ankündigung, die dort vom Staatssekretär Dr. von Bötticher erteilt worden ist. Die preussischen Verwaltungsbehörden würden der Sache fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit und Bemühen schenken, Unzulänglichkeiten der geschilderten Art so viel wie möglich zu beseitigen.

Abg. Gamp (freikons.) polemisiert mit dem Abg. Gothein, der die kolossalen Importe ausländischer Getreides nicht zu fassen scheint, die auf dem Wasserwege eingeführt werden. Bedauerlich sei es, daß Gothein getrennt Camps amtliche Stellung in der Debatte erortert hat. Dieses Verfahren war bisher nicht gewöhnlich, und nach der dankenswerthen Klarheit, mit der der Handelsminister die Angelegenheit behandelt hat, hätte wohl diese Erörterung unterbleiben können, durch die ich mir die freie Meinungsäußerung nicht werde verflümmeln lassen. (Bravo! rechts.)

Abg. Gothein (fr. Vg.): Gegen diese persönlichen und unbegründeten Angriffe Camps lege ich Verwahrung ein. Die Kanalisierung ist von weittragender Bedeutung auch für die Landwirtschaft und deshalb treten wir für den Kanalbau ein, der bei unserer Entwicklung der Wasserbaukunst eine große Zukunft hat. Redner wünscht Beseitigung der Wasserbanten.

Abg. v. u. e. (natl.) weist die gestrigen Angriffe des Abg. v. Pappenheim zurück, der sich sogar auf seine (Redners) Verurteilung bezogen habe. Redner hält es für nöthig, daß Jeder arbeite, und wenn Alle, die arbeiten müssen, aus diesem Hause verschwinden, so müßten die Nichtarbeitenden die Geschäfte allein erledigen; das würde vielleicht auch dem jedenfalls angeborenen Ekelmuth des Herrn von Pappenheim entsprechen.

Abg. Graf Limburg (kons.): Eine Behandlung der Beamtengleichheit von Mitgliedern des Hauses in der Art, wie dies Gothein gegen Camp that, halte ich für ungewiss. (Sehr richtig! rechts.) Wenn auf der linken Seite mehr rüchliche, auf unserer Seite mehr Verwaltungsgewaltigen, so verlangen wir doch, daß alle Beamte mit gleichem Maße gemessen werden. Wir können Beamte in diesem Hause nicht entbehren, sie sind ein notwendiges Ingredienz desselben. (Bravo!)

Abg. v. Gynern (Nl.) kann im Wesentlichen den Ausführungen des Grafen Limburg zustimmen. Camps allgemeine Vorwürfe gegen Zweck und die Nationalliberalen gingen jedenfalls zu weit.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Ich habe gar keine Veranlassung, gegen Herrn Camp, der bei jeder Gelegenheit in den Formen der Ueberlegenheit tritt, besonders liebenswürdig zu sein.

Das Ministerium wird bewilligt.

Bei dem Titel „Unterhaltung der Binnenhäfen“ bittet

Abg. Dr. v. Hyna (Ztr.), kleine Flußläufe nicht weiter zu revidieren, sondern zur landwirtschaftlichen Ausnutzung zu überlassen; namentlich empfehle sich dies an der oberen Weine.

Regierungskommissar Geh. Rath Schellen antwortet zustimmend.

Abg. Kirsch (Ztr.) bittet, den Bau einer stehenden Brücke bei Düsseldorf in Aussicht zu nehmen.

Minister Thiele: Dem Vorredner sind die Schwierigkeiten eines solchen Baues bekannt; doch unterläßt die Regierung Nichts, um die Verbindung der Rheinfur bei Düsseldorf zu erleichtern.

Abg. Hausmann (Nl.) wünscht Beschleunigung der Hafenerweiterung zu Hameln. Regierungskommissar Geh. Rath Schellen sagt zu; man werde bei dem bevorstehenden Bahnbau die Hafenerweiterung in Angriff nehmen.

Abg. Graf Limburg (L.): Bei unseren Wasserbauten berühren Grundstücke, die auf keinem anderen Gebiete der Verwaltung begünstigt werden. Keine Straße, keine Bahn wird gebaut, ohne daß eine Rentabilität nachgewiesen werden muß; zu den Kanalbauten werden die Gelder vollständig auf Fonds perdue gegeben, im Ganzen 80 Millionen. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden, sobald die eingegangenen Engagements erfüllt sind, allen weiteren Forderungen der Regierung gegenüber sehr zurückhaltend sein. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Gynern (Nl.): Eine Rentabilitätsberechnung ist bei Kanälen vorher gar nicht zu führen; denn erst nach Fertigstellung der Kanäle bilden sich an den Kanälen Industrien. Dieser Grundsatz wäre eine Abgabe an den weiteren Ausbau unserer Wasserstraßen, für die der Landwirtschaftsmittel so entchieden Stellung genommen.

Abg. Graf Limburg: In diesem Punkte stimmen wir mit dem Landwirtschaftsminister nicht überein; wir können für Kanäle eine anderen Grundsätze billigen, wie für andere Verkehrswege.

Abg. Dr. Cnecerus (Nl.): Das bedeutet einen Rückschritt; wir bestreben uns, Kanäle zu bauen, die Brücken über den Kanälen aufzuheben; warum sollen wir nun den Wasserstraßen-Verkehr belasten? Das müße auf andere Gebiete einen nachtheiligen Einfluß üben.

Abg. von Buch (kons.): Wir theilen geschlossen die Ansicht des Grafen Limburg. Wir halten es für einen Fehler, daß die Kanalgebühren ausgebaut sind; wir bezweifeln, daß die Kanäle von Nutzen für die Landwirtschaft sind, denn für diese schaffen wir mit neuen Wasserstraßen neue Konkurrenz. (Beifall rechts.)

Abg. Pleß (Ztr.): Die Kanäle bringen vielen Nutzen für die Landwirtschaft. Obst, Kartoffeln und andere landwirtschaftliche Produkte finden dadurch günstige Absatzgebiete. Die Regierung möge sich in ihren alten Vorurtheilen durch die Haltung der Konservativen nicht beirren lassen.

Abg. von Pappenheim (kons.): Unsere Haltung bedeutet keine Verringerung der bereits begonnenen Wasserbauarbeiten. Die Kanäle bringen kolossale Werten ausländischen Getreides in das Innere des Landes. Jeder neue Kanal kommt aber auch der ausländischen Schifffahrt zu Gute, die unter günstigeren Bedingungen arbeitet als unsere; man betrachte nur die bedeutenden Getreidemengen, welche über Mannheim verschifft werden.

Abg. Gothein: Von Mannheim aus wird die Schweiz mit Getreide versorgt, viele Schiffe unter fremder Flagge beschäftigen deutsche Arbeiter.

Abg. Knebel (Nl.): Ueber die Geföhren-Erhöhung auf künstlichen Wasserstraßen ließe sich reden; dagegen wäre die Förderung der Rentabilitätsberechnung den Kanalbau lahm legen.

Abg. von Gynern (Nl.): Nach den Ausführungen des Herrn von Pappenheim konnte man annehmen, daß alle Interessen zurückbleiben müßten gegenüber den Interessen des ökonomischen Landesbaues.

Abg. von Pappenheim (kons.): Die Getreideeinfuhr nach der Schweiz von Mannheim aus hat in den letzten Jahren bedeutend abgenommen. Am Rhein war er dort gebaute Weizen unverkäuflich wegen der Konkurrenz des argentinischen Weizens.

Abg. von Plettenberg (Mebrum (kons.): hält die Anlegung eines Seehafens in Rohn für für bedenklich für die dortige Landwirtschaft, denn es sollen die Getreideschiffe von Amerika direkt bei Rohn fahren.

Das Ordinarium wird bewilligt, ebenso 9 Artikel des Extraordinariums.

Sodann verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Verhandlung.

Schluß 4 1/4 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 8. März. Der Kaiser wird, wie verlautet, bei den Sitzungen des Staatsraths persönlich den Vorsitz führen.

Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge steht die Regierung der von einigen Blättern bewirkten Veröffentlichung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Brauntweinsteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1887 gänzlich fern und hat Ursache, die Veröffentlichung zu bedauern, da noch nicht feststeht, ob der Bundesrath nicht noch Änderungen an dem Entwurf vornehmen wird.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt die Meldung, daß der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes, Persius, sein Entlassungsgesuch eingereicht habe.

Der „Reichsanzeiger“ reproduziert heute eine Meldung der „Köln. Ztg.“ vom 7. d. Mts., in welcher behauptet wird, der Kriegsminister habe in seiner Rede in der Reichstags-Sitzung vom 5. März andeuten wollen, daß einige ältere höhere Militärs, so n. A. der Chef des Militärkabinetts, Gegner der Militär-Strafprozessordnung seien. Unter diese Meldung setzt der „Reichsanzeiger“ den Auszug aus der betreffenden Rede des Kriegsministers, um darzutun, daß der Kriegsminister mit keinem Wort von einer gewissen Gegnerschaft zur Reform in höheren Stellen gesprochen und ebensowenig Anlaß gegeben habe, daß der Chef des Militärkabinetts solcher Gegnerschaft beschuldigt werde.

Die Meldung eines Berliner Blattes, daß die Regierung die Umstrukturierung zurückziehen würde, nachdem der Abg. Venzmann in der Umstrukturisationskommission den Antrag gestellt haben wird, die Vorlage ohne zweite Lesung abzulehnen, wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ als unzutreffend bezeichnet.

Der Sekretär der französischen Botschaft in Berlin, Saint-Clair, ein in der höchsten Gesellschaft sehr beliebter Diplomat, ist 35 Jahre alt heute früh hier gestorben.

Die Ordre, durch welche der Oberpräsident von Ostpreußen, Graf Stolberg, in den einflussreichen Rüstungen verlegt wird, ist vom Kaiser vollzogen worden. Die „Kreuztg.“ sagt hinzu, daß nach ihren Informationen die Jurispositionsstellung des Grafen nicht erfolgt ist, weil er sich materiell für den Antrag Kaniz erklärte, sondern weil man an maßgebender Stelle einen so schnellen und vollständigen Wechsel der Ansichten über das deutschkonservative „Etwas“-Programm und den Antrag Kaniz, wie ihn Graf Stolberg öffentlich vollzogen habe, mit der Stellung eines ersten Beamten der Provinz für nicht wohl vereinbar hielt.

Die „Kreuztg.“ erklärt, daß die Meldung des „Vorwärts“ vom Rücktritt des Präsidenten Persius des Oberverwaltungsgerichtes in allen Theilen irrend ist.

Um die Todesursache des auf der Heimreise nach Europa verstorbenen Landeshauptmanns von Neugut, Schmale, von dem behauptet wurde, er habe sich erschossen, zu erörtern, ist heute vom Amtsärztlichen Amt ein Telegramm nach dem Bundes-Arztbezirk abgegangen. Morgen wird die Antwort erwartet. Zu dem Befinden des kommandirenden Admirals v. d. Goltz ist jede Gefahr vorüber.

Die Umstrukturisationskommission legte heute die Verhandlung des § 130 fort. Zunächst wird ein Antrag, in nächster Woche täglich Sitzungen abzuhalten, mit 14 gegen 12 Stimmen verworfen. Abg. Dr. Cnecerus (Nl.) begründet nochmals den von ihm in voriger Sitzung beantragten Zusatz zu Absatz 2 § 130, um ernste wissenschaftliche Leistungen gebührend zu fördern. Sollte wegen manchen Entgegenkommens des Zentrums den berechtigten Einwendungen seiner Partei nicht entgegengekommen werden, so hoffe er doch auf eine Verständigung zwischen der ersten und zweiten Lesung über die gesamte Vorlage. Abg. Wolosch (Pole) erklärt, daß bei Ablehnung des Absatzes die ganze Vorlage für seine Partei unannehmbar sei. Abg. Wundel (fr. Vg.) stellt nochmals fest, daß bei strenger Anwendung des Absatzes Kaniz jedem Kulturfortschritt entgegengetreten werden könne. Darauf wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Kaniz wird mit allen gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt. Auch sämtliche übrigen Anträge werden verworfen, worauf bei der vorgenommenen Abstimmung über die Regierungsvorlage sich keine einzige Stimme erhebt. Der Paragraph erhebt somit einstimmig abgelehnt. Sodann wurde noch der Antrag Brockmann auf Streichung des § 130 a, des sogenannten Kanizparagraphe, nach kurzer Debatte mit allen gegen die Stimmen der Nationalliberalen angenommen. Nächste Sitzung morgen Vormittag.

In der Wahlprüfungscommission des Reichstags wurde heute die Wahl des Abg. von Gerlach (Z. Köslin) für ungültig erklärt.

Flensburg, 8. März. Die Stadt-Habersleben ernannte den Fürsten Bismarck zum Ehrenbürger.

Bremerhafen, 8. März. Das Panzer-Kanonenboot „Kaiser Friedrich Wilhelm“, begleitet von dem Panzer-Kanonenboot „Graf v. Helldorf“ und dem Kreuzer-Kanonenboot „Prinzess Wilhelm“, sowie zwei Torpedoboote, ist heute Vormittag 10 Uhr aus der Rade vor Anker gegangen. Se. Majestät der Kaiser befindet sich an Bord des „Kaiser Friedrich Wilhelm“ und wird dort die Mittags 1 Uhr verbleiben. Später wird Se. Majestät die Hafenanlagen besichtigen und um 2 Uhr die Reise nach Bremen fortsetzen.

Danzig, 8. März. Der Provinziallandtag beschloß heute mit allen gegen 12 Stimmen die Errichtung einer westpreussischen Landwirtschaftskammer mit dem Sitz in Danzig. Der Kommissar des Ministeriums für Landwirtschaft, Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Thiel, wählte der Verhandlung bei.

Erfta, 8. März. Die Eintheiligkeit der deutschen Eisenbahn-Perfonen, die neuerdings an höchster Stelle angeregt worden ist, wird auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz des Eisenbahnerverbandes gesetzt.

Jena, 8. März. Der Termin der Reichstagswahl in Schwere ist auf den 18. März verlegt.

Weimar, 8. März. Auf Befehl des Großherzogs wird in allen Schulen des Großherzogthums am 1. April eine Unterrichtsstunde zur Würdigung der Verdienste des Fürsten Bismarck um das deutsche Reich verwendet.

